Gewerkschaften und sozialdemokratische Parteien wollen. Wenn es dann weiter darin heißt: 4. Schaffung eines Kampffonds und 7. Kampf um die Erhöhung der Reallöhne, so sieht der Blindeste, daß damit der gewerkschaftliche Charakter bodamentiert wird. So ist denn auch 12. Kampf zur Verbesserung der sozialen Gesetzgebung und Versicherungsgesetze eine Aufgabe, die allen reformistischen, arbeitsfriedlichen Gewerkschaften gemeinsam ist. Auch die Phrasen vom politischen Kampf ändern am Charakter der Union nichts, da man diesen der K.P.D. als Aufgabe stellt und ihr dafür unter 16. die Unterstützung in Parlamentsfragen zusagt, und der Zweck dieser Uebung die Zuführung von Wahlvieh für die K.P.D. ist.

Im ganzen zeigt dieses Monstrum die Umwandlung der „Union der Hand- und Kopfarbeiter" in eine rein wirtschaftliche Organisation und so erforderte diese programmatische Umstellung auch eine organisatorische Aenderung. Diese Aenderung wurde naturnotwendig dann vorgenommen, festgelegt wurde dort, daß die Union wirtschaftliche Organisation ist und nochmals:

2. Zielbewußte, soziale und wirtschaftliche Interessenvertretung bei Lohn- und Arbeitsregelungen, sowie Abschluß von Tarifen. Die Durchführung von Tarifverhandlungen und die Beurkundung erfolgt durch die jeweils zuständigen Organe der Organisation, gemeinsam mit den in Frage kommenden Betriebsräten. Die Organisation erkennt den Streik als eines der wichtigsten Kampfmittel zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen an.

Weiter heißt es dort:

Unentgeltliche Herausgabe von Fachzeitschriften und sonstiger wissenschaftlicher Lektüre.

Damit wird die Umstellung vervollkommnet.

Eine Zentral-Gewerkschaft nach Industrieverbänden gegliedert sehen wir vor uns. Das Wort Einheitsorganisation wird zur Phrase, wenn über die Kompetenzen der Industriegruppen bestimmt wird:

Jede Industriegruppe hat im Rahmen der Gesamtorganisation ihre eigene Leitung — und die Möglichkeit, ihre Angelegenheit und Kämpfe — zu führen — für ihre besonderen Zwecke Zuschlagsbeiträge zu beschließen und Tarifverträge für ihre Industrie abzuschließen. Das Recht der Anknüpfung von internationalen Verbindungen im Einverständnis mit der Gesamtorganisation und deren Leitung.

Fachorganisationen, die sich in nichts von den Gewerkschaften unterscheiden, — wenn diese nach Beschluß des Leipziger A.D.G.B.-Kongresses umgeformt sind, werden entstehen. Hier wie da Zentralgewaltige. Nichts anderes bedeutet es, wenn festgelegt ist, bezugnehmend auf Lohnforderungen, Tarifabschlüsse und Streiks:

Die Reichszentrale ist berechtigt, im Einverständnis mit dem A.D.G.B. besondere Ausführungsbestimmungen zu Paragraph 2 § 1 zu erlassen.

Ein Unterschied wird nur darin bestehen, daß, während die Führer des A.D.G.B., unabhängig von internationalen Beschlüssen, selbständig national bestimmen, diese Bonzen der Union bestimmen werden im Einvernehmen mit der K.P.D. Gewerkschafts-Zentrale und unabhängig von den Beschlüssen einer Exekutive der R.G.I.

Der Streik mit der K.P.D. ist beendet, nachdem beschlossen ist, daß alle Maßnahmen in Arbeitsausschüssen gemeinsam mit der K.P.D. beschlossen werden und bei Unstimmigkeiten die Entscheidung der R.G.I. anerkannt wird.

Wohin das führt, ist klar. Politisch unselbständig, da sie die K.P.D. im politischen „Kampf" als zielsetzend bezeichnet, wirtschaftlich ohne Einfluß, da sie als Verhandlungsfaktor viel zu schwach ist und so gezwungen sein wird, die Abschlüsse der Gewerkschaften zu unterschreiben, wenn diese es erlauben, wird diese Organisation bald von der Bildfläche verschwinden. Dazu wird auch die R.G.I. weiter beitragen. Schon jetzt versucht sie den Mitgliedern der „Union der Hand- und Kopfarbeiter" plausibel zu machen, daß ihre Organisation nur eine Bergarbeiter-Organisation sei, und daß Mitglieder anderer Berufe besser wieder in die Gewerkschaften zurücktreten würden. Selbst schauselt diese Organisation ihr eigenes Grab, da sie beschloß, unter keinen Umständen zum Austritt aus den Gewerkschaften aufzufordern. So wird man wohl bald, in dieser Zeit des Vereinigungstummels, die Bereinigung der Bergarbeiter-Union mit dem alten Bergarbeiter-Verband feiern können, da sie ideologisch schon perfekt ist.

In der jetzigen Situation der ungeheuren Verschärfung der Klassengegensätze, in der Todeskrise des Kapitals, wird das revolutionäre Proletariat verstehen, daß der Kampf um die Ergreifung der Macht durch die proletarischen Mäte auf der Tagesordnung steht. Es wird erkannt haben, daß der Kampf mit diesem Klassenziel ein politischer Kampf sein muß, da die Besitzergreifung der wirtschaftlichen Macht den Besitz der politischen Macht voraussetzt. Dieser Kampf, der von den breiten arbeitenden Massen getragen und durchgekämpft werden wird, bedingt die Organisation nach Betrieben, die Räteorganisation, die auch der Träger der proletarischen Wirtschaft sein wird. Dabei kann der Weg nur gehen über die Trümmer aller Führer- und Fachorganisationen, über die Zertrümmerung der kapitalistischen Organisation. Die einzigen Weggeiger in diesem Kampf sind K.A.P. und A.A.U. Ihnen wird das Proletariat folgen müssen, will es endlich abschütteln das Joch der kapitalistischen Wirtschaft.

Rundschau.

„Für" Kunst dem Volke!

Das Theater am Tiergarten ist zur Wintersaison bereit. Die Schauspieler — meist haben sie sich in Kurorten und Bädern getummelt, einige waren auch nebenberuflich tätig — finden sich in den Fraktionszimmern zusammen. Dort studiert man die Rollen nochmal ein und tritt dann in würdevoller Positur vor die Rampe. Neue Rollen sind kaum zu vergeben, die Routine wird für den nötigen Schmiß sorgen; und doch ist Parlamentarier ein schwerer Beruf. Die ganze Reichstags-Bühnenliteratur ist dem „Volke" schon bekannt, bei der Neueinstudierung hält es oft schwer, immer neue Nüancen herauszuholen. Das Publikum ist zum großen Teil schon mißmutig geworden. Den Gestalten der Neubesetzung der Hauptrollen kann man ihn auch nicht schon wieder tun, aber Beleuchtung und Kulissen sind geschmacklos arrangiert. Es ist ja auch keine Vorstadtschmiere, sondern der Deutsche Reichstag, der seine Pforten neu öffnet.

Ueber dem Vorhang steht: „Dem Deutschen Volke!" Und „heilige Einfalt, jungfräuliche Himmelstochter" ist die Devise, die von den Mitgliedern des Hauses im großen Gemeinbelt wird. Bei allen Beriefen der Komödianten selbst darf man um alles in der Welt den Leiter des Unternehmens, Intendant und Regisseur in einer Person, nicht vergessen. Die Bescheidenheit seiner Person steht zu seinen wahrhaft großen Leistungen im umgekehrten Verhältnis. Er, der immer Unsichtbare, immer Tätige, nur den Vertrauten Zugängliche, er, das wahre Genie, hat noch immer bei der Masse das richtige Verständnis gefunden. Im gewöhnlichen Leben tritt er unter dem Namen Stinnes auf. Bald trifft man ihn mit seinem einfachen schwarzen Hut und Bart nebst Paletot in London, bald in Paris. Sein scharfer Blick und starker Arm sind überall sühlbar. Sogar während der Ferienzeit seiner Angestellten ist er nicht müßig. Da waren es kürzlich die Donauländer, denen er seine Aufmerksamkeit widmete. Er gehört im Gegensatz zu den verschämten Armen zu den verschämten geistig Reichen. Mit ängstlicher Sorgfalt vermeidet er es, als Repräsentationsperson zu erscheinen. Die Grundlagen seiner künstlerischen Tätigkeit sind die Probleme des kapitalistischen Wiederaufbaues. Sein warmer Impuls hat ihn getrieben, die Menschen von ihrem Uebel zu erlösen. Er hat es verstanden, die mannigfachen Härten und Schwierigkeiten, die ein „Wiederaufbau" für die Massen im Gefolge hat, zu mildern. „Die Kunst dem Volke" ist sein Wahlspruch, und wie anders sieht doch die wahre Wirklichkeit aus, wenn sie dem „Volke" von der Parlamentsbühne herab durch den Mund der Kunstsänger übersetzt wird. Ein glücklicher Gedanke war es, alle Bevölkerungsschichten an die Mitarbeit dieses Theaters zu interessieren. Mit einem gewissen, Glorienschein sind die „Gesetzestafeln umgeben, wenn besonders die Arbeiter merken, „ihr Genosse" hat im Spielplan mitgewirkt. Ja, die Gesetze des Deutschen Reiches sind der reale Niederschlag dieser Bühne. Und heute, wo das Verlangen nach „Demokratie" so stark ist, kann man gar kein besseres Ersatzmittel finden, als Parlaments-Kultur. Das Eingeständnis unseres Staatslenkers, keine Demokratie vorzätig zu haben, würde einen Sturm auslösen. Gewiß, die Wiedertaufbauer, eine zeitgenössische Erscheinung, sind auch fest entschlossen, ihren Weg gegen den Willen der Masse zu versuchen, es trägt aber wesentlich zu Ruhe und Ordnung bei, wenn das Parlamentstheater die Atmosphäre zur gemeinschaftlichen „Arbeit" schafft.

Um die Verdienste des Theaters am Tiergarten und seiner Mitarbeiter recht zu würdigen, denke man an die Krisenzeit von 1918—1919. In diesem bewegtesten Winter schien fast kein Besucher Glück mehr auf den Brettern zu haben. Das Haus wurde neu gedielt, überhaupt etwas umgebaut, und es hat auch nicht lange gedauert, so hielt die alte Beständigkeit ihren Einzug, seitdem ergießt sich ein Strom von Segen ununterbrochen ins Land. Die Botarbeiten, mit unendlichen Schwierigkeiten verknüpft, fast nur von dem Leiter Stinnes geleistet, wollen wir nur andeuten. Man denke nur an die Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen mit den Gewerkschaften, deren Resultate auch in der verbesserten Parlamentsbühne festgelegt wurden. Ja, um alles ganz zu würdigen, muß man auch an einen Punkt denken, der noch so nebenbei erreicht wurde. Die Elemente der Straße

Genossen!

Durch die neu eingetretene Steigerung der Papier- und Druckpreise sehen wir uns gezwungen, den Preis von 8 auf 10 Mark zu erhöhen.

Die Beiträge der Mitglieder müssen eine Erhöhung von wöchentlich 5 Mark erfahren, weil von Nr. 25 ab für männliche Mitglieder 20, für weibliche Mitglieder 15 Mark pro Exemplar abgerechnet werden müssen. Wir glauben für diese Maßnahmen das nötige Verständnis zu finden.

Die Pressekommission.

wurden durch ihren „revolutionären Mut" getrieben, mal versuchsweise in den Tempel des Parlamentarismus zu gehen. Man hat sie seitdem nie wieder herauskommen sehen, aber ihr Ruf ertönt seitdem: „Wählt Kommunisten!" Ihre Tätigkeit sorgt für Abwechslung und für Erheiterung der vorgeladenen Mitbürger. Und ihre Mitarbeit in den Staatsfunktionen wird als Belohnung sicher nicht auf sich warten lassen. Wir verweisen auf den Spielplan der verflossenen und der kommenden Saison.

Wie wir hören, hat Herr Stinnes schon eine ganze Sammlung von Plänen für den Winter zurechtgelegt. Er hat mit seinem französischen Kollegen Lubersac einen Vertrag geschlossen, der die Grundlage der Weiterarbeit sein soll. Lubersac selbst berührt auf der Reise nach Moskau Berlin und wird das Band enger knüpfen. Ob seine Geschäfte in Moskau ihn länger aufhalten, wissen wir nicht, jedenfalls verrät die „Rote Fahne" am 18. Oktober, daß er wahrscheinlich zum „offiziellen Vertreter Frankreichs in Moskau ernannt werden wird". Wir wünschen dem Kleeblatt Stinnes—Lubersac—Lenin Glück und bringen die Hoffnung zum Ausdruck, daß die deutsch-französisch-russische Ausbau-Allianz noch recht ersprießliche Früchte tragen möchte. Jedenfalls muß man dem hiesigen russischen K.P.D.-Ballett in dieser Verbindung alles Verständnis entgegenbringen. Vielleicht richtet Herr Stinnes einmal sein Augenmerk auf das Problem der Arbeiterparlamente und der Arbeiterregierungen. Wenn der Wiederaufbau vom „Mann in der Bluse" geleistet werden soll, warum soll das Proletariat nicht auch die Gesamtrollen der Parlamentsbühnen übernehmen? Dieser autodidaktische Weg verspricht sicher noch mehr zum Gelingen der im Schoße der Zeit reifenden Pläne.

Unsere Leser werden gebeten, den Spielplan für die kommende Saison selbst zu studieren. Man findet ihn in der „Morgenpost", „Deutschen Zeitung", „Vorwärts", „Frankfurter Zeitung", „Roten Fahne" und anderen Blättern. Wir werden nur bei besonders reizvollen Situationen darauf eingehen.

G—m.

Aus dem Krupp-„Paradies".

Schon immer war Krupp das Vorbild kapitalistischer Unternehmungen. Seine „soziale" Arbeiterfürsorge, Siedlungen, Kleingartenbau, Pensionen usw. erfreute sich des besonderen Beifalls der übrigen Unternehmer. Vielfach wurde dem ja auch nachgeeifert. Weshalb wohl? Weil diese Art Ausbeutung durch das Firmenschild „Wohltätigkeit" den Proleten „schmackhafter" gemacht war und damit die Gegensätze zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten auf Kosten der letzteren, verwischt wurden. Die wachende Verelendung hat natürlich auch dem Proletariat zu einem großen Teil die Augen geöffnet. Der wohnungiges Steigerung aller Lebensbedürfnisse hofften die Arbeiter bei zu einem gewissen Grade hinwegkommen, wenn ihre Lohnforderungen bescheidenst bewilligt würden. Eine Demonstration vor das Verwaltungsgebäude Krupp's in Essen hatte die — Aussperrung tausender Arbeiter zur Folge. Mehrere hundert sind fristlos entlassen. Die „soziale" Krupp-Direktion zeigt ihr wahres Gesicht. Auch die Arbeiterschaft Krupp's wird die Lehren ziehen; keine Arbeitsgemeinschaft, keine Reformen bringen Hilfe; sondern nur der Kampf des Proletariats um die Eroberung der Macht. Proletarier! sein nicht Amboß, werdet Hammer!

„Zum Schutze der Republik!"

Die Eisenbahner wollten eine Massenversammlung in Berlin abhalten. Dieselbe wurde verboten; wahrscheinlich hätte die Versammlung — den Bestand der Republik gefährdet.

Gleichzeitig wurde das Organ — reformistischer Kommunisten, die „Rote Fahne", auf 14 Tage verboten. Ob das nicht wohl nur ein Versehen ist? Zum mindesten läßt sich doch über die Dauer des Verbotes — handeln. Beispiel: „Verbot anläßlich des Gesetzes zum Schutze der Republik.

Aus der Partei.

Zum Punkt der Internationale in der Berliner Zentralausschußsitzung.

In Nr. 73 der Berliner K.A.Z. wird der Bericht der „Zentralausschußsitzung" bekanntgegeben, wo u. a. ein Referent des „Geschäftsführenden Hauptausschusses" zum Punkte Internationale tendenziöse Informationen über die russische K.A.P.-Bewegung macht. — Zu der Zeit, wo die Berliner Richtung sich noch der Hoffnung hingab, daß die „sympathisierenden K.A.P.-Genossen von Rußland" zu ihr kommen würden, damals hatte sie nicht das Interesse, sich mit der Quantität und Qualität dieser Genossen zu beschäftigen und mit Freuden deutete sie damals „Schwindel-, Tatsachen- und Phantasiebilder" der Russen. Als die russischen Genossen sich aber volle Klarheit über die K.A.P.D. verschafft hatten, in der Gründung der Kommunistischen Arbeiter-Internationale den einzig richtigen Weg vollbewußt erkannten und sich demzufolge in die Reihen der Essener stellten, haben sich die Berliner zum Ziel gesetzt — koste es, was es wolle — Antagonismus und Unklarheiten bei den russischen linken Kommunisten zu suchen oder zu schaffen, um auch dort Spaltung in die Bewegung hineinzutragen. (Das ist bereits zur historischen Aufgabe der Berliner geworden!) Jetzt behauptet der Berichterstatter nun, daß die Gruppe revolutionärer linker Kommunisten nur aus „sympathisierenden" Genossen bestehe. Oh! wie erfreulich bereits für die Bewegung, wenn sich sogar schon nur sympathisierende Genossen, was wir auch direkt wissen, mit eigener Pand daran beteiligt haben, Papier und Couverts zu besorgen, Geldsammlungen zwecks Beschaffung von Rotationsmaschinen zu unternehmen, Manuskripte zu vervielfältigen und sie auf geheimen Wegen an das Org.- und Informs.-Büro der K.A.J. nach Deutschland verschieben zu helfen und nach wie vor die eintreffenden Zeitungen verbreiten und zum Teil übersetzen. Was die „direkten" Nachrichten anbetrifft, so waren die russischen Genossen nicht so naiv, den Berlinern sogleich mit sämtlichen genauen Quellen, geheimen Verbindungen und richtigen Adressen zu dienen, zumal sie von vorneherein zweifellos bei ihnen erkannten, daß sie die Gründung des internationalen Zusammenschlusses aller linken Revolutionäre auf dem Boden der K.A.P. ablehnten in dem Moment, wo es am wichtigsten und notwendigsten ist. Deshalb sind diese „direkten" Nachrichten bes bescheidenen Informatoren (wir sind ehrgeiziger) weit davon entfernt, die Situation von allen Seiten richtig zu beleuchten und von maßgebender Stelle zu kommen. Und wegen des Märchens der außerordentlich geringen Mitgliederzahl der K.A.P. Rußlands werden die vernünftigen Genossen der Essener K.A.P. von allein das zweite Auge zugedrückt haben. — Die russischen Genossen würden zwei Genossen der Berliner Informatoren, die sich gleichfalls in Berlin aufhalten, die wohlverdiente Antwort geben können, was sie auch zu tun sich genötigt sehen könnten, sofern die Angriffe der Berliner fortgesetzt werden sollten. Es ist aber keine Zeit dazu vorhanden, sich lang und breit auszulassen; ihre wichtigeren Arbeiten für die russische und internationale Bewegung drängen. Ganz kurz soll daher nur gesagt sein: Die Berliner haben schon seinerzeit, um unsere internationale Vereinigung zu diskreditieren, unsere Bruderparteien zu schmälern versucht und ihre Org.-Organisationen verlacht. Wir wollen hier nur daran erinnern, wie die Berliner die K.A.P. Bulgariens, von der sie heute schreiben, daß sie verhältnismäßig groß ist, damals als aus einigen Studenten bestehend hinstellten und von der englischen Bruderpartei nur zu berichten wußten, daß sie eine kleine Gruppe überintellektueller Frauenrechtlerinnen sei. Doch diese vernichtende Kritik hat ihre Wirkung verfehlt gehabt, denn die englischen und bulgarischen Genossen haben sich darob nicht aufhalten lassen. Ihre Parteien haben sich vielmehr entwickelt und zeigen heute bereits die ersten gründlichen Anfänge zur Formierung der Allgemeinen Arbeiter-Union, zu deren breiten Ausbau ihnen die K.A.J. nicht als letzte behilflich sind fördernd sein wird. Deshalb werden auch die russischen Genossen diese Berliner Leute ruhig reden lassen und unbeirrt ihren revolutionären Weg weitergehen. Und was ihren Umfang anbetrifft, so antworten sie im russischen Volksmund mit dem Sprichwort: Die Küchlein zählt man erst im Herbst!

Oeffentliche Versammlung der K.A.P. in Leipzig am 8. Oktober 1922.

Genosse J. behandelte den Zusammenbruch des internationalen Arbeiterberuges und den II. Kongreß der Kommunistischen Arbeiter-Internationale. In der Diskussion stritten zwei Syndikalisten ihr antimarxistisches und ein K.P.D.-Mann das parlamentarische Steckenpferd. Die Aufforderung des letzteren: „Hinein in die Parlamente" erntete eine Lachsalve. Im Schlußwort wurde der syndikalistische Auffassung zerpflückt und auf ihren Untergang in allen Industrieländern verwiesen.

Bekämpft von einer Welt von Feinden ringt die K.A.P. um ihre Existenz. Unerbittlich wird sie vorwärtsgehen und ihre Stimme wird nicht mehr verstummen. Es liegt an Euch, Genossen, das Druckfeld zu bestellen.

Pressefonds.

Frankfurt	100 Mk.
Ein Genosse der A.A.U.	100 Mk.
Bezirkskonferenz der A.A.U. Thüringen	309 Mk.

Verantwortlich für den Inhalt: Hugo Oelßschläger, Mülheim-Ruhr. Verlag: „Proletarier", Inh. Emil Sach, Berlin SO. 36. — Druck: Hermann Wegner & Co., Berlin-Mariendorf, Chausseestraße 23.

1. Jahrg. Nr. 26. Preis 15,00 M.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Die „KAZ" erscheint wöchentlich einmal. Zu beziehen durch alle Bezirksorganisationen, oder direkt durch Verlag „Proletarier", Berlin SO. 36, Reichenbergerstr. 113.

Zuschriften für die Redaktion sowie alle Geldsendungen sind zu senden per Postanweisung an A. Tschirschnitz, Berlin-Marienbrief, Schwerinstraße 72.

Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 117766 (Emil Sach). Versand unter Streifband in Deutschland 150,— M. und nach dem Ausland 250,— Mark monatlich.

Fertig machen!

Die Ausbreitung der kapitalistischen Krise wie ihre Schärfe haben sich in wenigen Wochen mit erschreckender Schnelligkeit entwickelt. Die Schaumkronen als Zeichen nahender Stürme beginnen auf breiten Wellen herauszurollen.

Es geht absolut mit der Wirtschaft. Weniger und immer weniger verspricht das Kapital die eigene Oekonomie.

Brot, Kleidung, Kohle oder Holz, die Voraussetzungen jeder Existenz, beginnen unerschwinglich zu werden. Mit ihnen paart sich erneut zunehmende Arbeitslosigkeit.

Und das nicht um der Bosheit der Kapitalisten willen, sondern um ihrer Ohnmacht willen.

Die Situation beginnt in hervorragender Weise jud Pärker als je zuvor revolutionär zu werden.

Gegenüber diesen Tatsachen darf nicht übersehen werden, daß das Proletariat im Ganzen noch abgestumpft und gleichgültig, zum Teil sogar feindselig der Seite steht.

Wohl türmen aus einzelnen Haufen gelle Schreie Empörter. Aber es ist noch wesentlich der Anschrei von der Arbeit Zurückgebliebener, nicht der Fanfarenruf entschlossener Revolutionäre. Aber die Möglichkeit beginnt sich aufzurichten, daß die Massen erfaßt werden von einheitlichen revolutionären Wellen.

In einer solchen Situation heißt es für die Kommunistische Arbeiter-Partei: Fertig machen!

Fertig machen heißt: Der Schwerpunkt der Parteitätigkeit hat aus der inneren Organisation verlegt zu werden nach außen, in die aufhorchenden, unruhig gewordenen Massen.

Die Kommunistische Arbeiter-Partei hat zu zeigen, daß sie da ist.

Sie hat nichts zu verschleiern.

Sie hat offen und mit allem Ernst dem Proletariat zu sagen, daß sie klein geworden ist im Kampf für seine Interessen, klein geworden durch seine Gleichgültigkeit und Feigheit.

Sie soll dem Proletariat die Fülle ihrer revolutionären Erfahrung und Kritik darbieten.

Sie hat, unbeirrt vom wechselnden Pendelschlag der Konjunkturen, nur und immer dem reinen revolutionär-revolutionären Klassenkampf gedient.

Sie hat von Anfang an den Wahnwitz der Wiederaufbauparolen gegeißelt.

Sie hat die revolutionäre Theorie durch eingehende Untersuchungen über den Zusammenbruch der alten Gesellschaft und die Entwicklung der Oekonomie bereichert.

Sie hat vorausgesagt die Entwicklung aller Konjunkturrevolutionäre zu Sozialverrätern und Spießgesellen der Bourgeoisie.

Sie hat den Betriebsrätesschwindel entlarvt.

Sie hat von Anfang an gebrandmarkt die geringschätzende Sabotage des proletarischen Klassenkampfes durch die Reformparolen der 3. Internationale im Interesse der neukapitalistischen russischen Regierung.

Aber über dies hinaus muß die Kommunistische Arbeiter-Partei mit nimmermüder Kraft dem Proletariat in den Kopf hämmern, daß im proletarischen Klassenkampf nur Selbstbetrug und Selbstbetrug zum Ziele führt.

Die großen Massen werden nicht gleich alles begreifen. Aber sie werden schnell lernen, für ihre Interessen tätig zu kämpfen und im Kampfe fortschreitend ihr Klassenbewußtsein entwickeln.

Erfassen sie noch so wenig, sie werden das eine begreifen: Organisiert euch geschlossen nach Betrieben und schafft euch dort eigene Führung in Aktionsausschüssen. Kämpft geschlossen gegen das ganze Kapital, vom Halentreuzler bis zum parlamentarischen Schwätzer.

Die Kommunistische Arbeiter-Partei hat ganz und gar die Wahrheit zu sagen.

Entweder die Gesellschaft ist da, dann sagt man die Wahrheit; oder man zweifelt am Kampfwillen der Masse, dann muß man als Revolutionär erst recht die Wahrheit sagen. Denn einen Haufen Irrer mit guten Versprechungen vor Maschinengewehre locken, heißt bewußt oder unbewußt Verbrecher sein.

Die Kommunistische Arbeiter-Partei muß mit Ruhe und Ueberlegung an ihre Pflicht gehen.

Ganz Sache, ganz Schlag.

Keine innere Hast fördert den Klassenkampf.

Zitternde Hysterie ist keine K.A.P.

Echte revolutionäre Leidenschaft, ruhig und besonnen von Anfang an, wächst im Verhältnis zum Widerstand und wird lodert erst in der übermächtigen Flamme revolutionären Willens, wenn es ums Ganze geht.

Die eigentliche Arbeit der K.A.P.D. ist für den Augenblick die Aufnahme der Propaganda nach außen.

Sie hat immer Propaganda getrieben, aber sie muß es verstärkt tun.

Sie kann nicht viel tun, aber sie muß das Aeußerste tun, was in ihren Kräften steht.

Kann sie nicht eigene Versammlungen haben, dann muß sie in den fremden sein.

Kann sie nicht in allen sein, dann muß sie da sein, wo es möglich ist.

Hat sie an einer Stelle nur einen Redner, dann soll sie nicht jammern, sondern der eine soll reden.

Er soll einfach sprechen. Er soll bei der Sache bleiben; er soll die Wahrheit sagen; er soll die Auseinandersetzung nicht scheuen; aber in erster Linie soll er die Proletarier aufklären.

Die Presse der Kommunistischen Arbeiter-Partei muß jetzt heran an die Massen.

Kann man nicht hundert Exemplare verteilen, muß man zufrieden sein mit weniger. Eins kann jeder abgeben. Er muß es.

Es gilt von unten auf zu arbeiten.

Die Kommunistische Arbeiter-Partei soll nicht umsonst versuchen, größer zu scheinen als sie ist.

Sie soll nicht versuchen, Anstrengungen zu machen, die ihre Kraft übersteigen und ihr das Rückgrat verbrechen.

Sie darf nur alles das tun, was sie wirklich kann. Aber das muß sie ganz tun.

Sie muß die Union unterstützen wo immer sie kann.

Sie muß der jungen Kommunistischen Arbeiter-Internationale, die jetzt auch in Frankreich Boden gefaßt hat, eine immer bereite Helferin sein. Denn nur auf die K.A.J. kann das revolutionäre Proletariat der Welt seine Hoffnung setzen.

Die Kommunistische Arbeiter-Partei hat eine lange Zeit innerer Klärung hinter sich. Die letzten Erfahrungen mit dem Berliner Reformismus waren bitter aber nicht zu vermeiden.

Jetzt hat die K.A.P.D. zu beweisen, daß sie reif geworden ist.

Daß sie die Dinge ihrem wirklichen Wert gemäß zu betrachten versteht;

daß sie nicht individuell verloren steht, sondern bei allem Feuer historisch nüchtern und weit.

Daß sie zur rechten Zeit auf den Plan zu treten versteht. —

Seit den Kämpfen in Mitteldeutschland, an denen sie trotz scharfer Kritik im vorhinaus und packher sich beteiligte, beteiligen mußte, haben sich für sie nur zwei wichtige historische Tatsachen vollzogen: die endgültige Trennung von der 3. Internationale und die Gründung der Kommunistischen Arbeiter-Internationale. Alles andere sind interne Belangloseigkeiten.

Die Geschichte stellt der K.A.P. neue Aufgaben.

Sie muß heraus mit allem was sie kann.

Das ist vertöchte Feuer der Revolution muß aufgeklärt in ihren Augen.

Fertig machen, Genossen!

Die Politik der deutschen Sozialdemokratie.

I.

Herr Ebert ist als Reichspräsident auf mehrere Jahre bestätigt worden. Herr Ebert ist der Mann nach dem Herzen des deutschen Kleinbürgers.

Sogenannter gesunder Menschenverstand, trinkfest, rauhlich, jovial; gemessen und ernst nach außen, heiter im engeren Kreise. Wenn nötig aufmunternd nach Art des Bullenbeißer. Herr Ebert schnellt Herrn Hindenburg. Die Qualifikation für seinen Posten erwarb er in jenem Augenblick, als er wegen Eigentumvergehens während der Nachkämpfe zwei Proletarier zum Tode beschießen ließ.

Herr Ebert ist nicht berufsfest wie Erzberger und Rathenau.

Die Deutsche Volkspartei, vor die Wahl gestellt zwischen Ebert und Hindenburg, entschied sich für ihn.

Sie entschied sich kaum für ihn, weil sie — zur Zeit — ihre Ziele mit Ebert leichter durchführen zu können glaubt, als ohne Ebert. Wir glauben, daß ihre Rechnung stimmt.

Angelehnt an diesen „ihren" Ebert ist auch die deutsche Sozialdemokratie, die politische Kleinbürgerpartei in der Regierung. Nach Abschluß des Krieges gelang es ihm mit Hilfe eines kleinbürgerlich engegenen und kleinbürgerlich denkenden Proletariats in die Regierung zu kommen und sich heute dort zu verbleiben. Ihre erste Tat bei Ausbruch des Krieges bestand darin, daß sie ihre propagierten revolutionären Theorie. Im Laufe der Entwicklung geriet sie auf folgende Praxis:

Sie wurde Partei der Vermittlung, Regierungspartei, unterstützt von Arbeitermassen, die ihre Interessen noch nicht verstanden. Sie wurde regierungsfähig zugleich mit dem Willen eines wettsüchtigen Großkapitalismus, der in der Sozialdemokratie und dem Gewerkschaften den Preisstein gegen revolutionäre Wellen, den Rammbock zur Durchsetzung großkapitalistischen Wollens gut und immer besser erkannte.

Aus dieser Lage heraus entwickelte sich zwangsläufig ihre besondere historische Stellung, ihre eigene Zwecklage. Als echtes Kleinbürgertum, das Karl Marx so beiseend mit „einerseits—anderseits" charakterisierte, will es auf der einen Seite den Wiederaufbau, ohne zu zerstören, unterstützt alle die Kapitalisten, aber nicht ganz. Auf der anderen Seite will es den Massen helfen mit einer Theorie, die wenig und nichts mehr gemein hat mit Klassenkampf. Eine solche Partei packt stets dann Entsetzen, wenn die Dinge beginnen aus dem ruhigen Teich der parlamentarischen Kulissenschiebertei herauszuschäumen und sich hart stellen auf „Entweder — oder".

Gegerzt gewischen rechts und links muß über kurz oder lang Zerfall, Zersprengung oder Niederschlagung erfolgen, wobei die vorwärtsdrängenden Kleinbürgermassen der Führer nach rechts ist, (weil sie nicht lassen wollen von der Machtstellung, in der sie sagen), die Abwanderung des Massen nach links.

Hierin zeigt sich der historische Charakter dieser kleinbürgerlichen Partei als der einer Uebergangserscheinung. Es ist nötig, sich das erneut in einer Situation klar zu machen, die beginnt revolutionär zu werden.

Parteien diesen Charakters gebeihen nur im schlammigen, quappenden Sumpf, nicht im hellen, brausenden Strom. In einer Epoche aber, die sich als Endkrise des kapitalistischen Systems auslosen muß, lehnen immer erneut solche Situationen wieder. Ein Zyar wiegt nicht viel, wenn Kulturepochen zugrunde gehen.

Notwendig müssen die Taten einer solchen Partei zum historischen Verrat und Betrug in immer gesteigertem Grade werden.

So ist ja auch der Weg der Sozialdemokratie eine ununterbrochene Kette von Verbrechen an der von ihr angeblich vertretenen Klasse.

Mit Hilfe dieses Kleinbürgertums, gedeckt durch es, hat das Kapital alle Schandtaten durchgeführt, deren ich zu nennen Sprachen bedürfen. Mit seiner Hilfe wurden die Proletarier in den Krieg getrieben, mit seiner Hilfe der revolutionäre Wille gebrochen, mit seiner Hilfe Selbstdenken, Klassendenken vernichtet: Es wird — wenn ihm Zeit bleibt, versuchen, das Proletariat hineinzuzerren in die letzten eisen Zuckungen der verwesenden kapitalistischen Welt.

Das alles hat es getan und tut es weiter, während es gleichzeitig Tränen vergießt über dem Lehnelend und der Not der Massen, während es gleichzeitig sich überbietet in Vorschlägen zur Reformierung der kapitalistischen Gesellschaft.

Auf hierin offenbart es seine wahre Mischung aus schmutzigem Sentimentalität und frecher, krämerhaftigem Brutalität. Erst hier leuchtet symbolisch das Antlitz Herrn Eberts auf in seinem wahren Glanz.

Sentimentale Orgelbrecher sozialistischer Weisen und gleichzeitig übrige Räuber großkapitalistischer Herren. Gerade hier beginnt aber auch die eigentliche Tragikomödie des „Einerseits—Anderseits", ihre lustige Bonnerstirn und ihre trotzige, aber dreiste und marktschreierisch anspreisende Kurzsichtigkeit, die dem Kleinbürgertum in Kurzem unter gemeinsamem Wollen des Großkapitals im Lande wie in der Entente das Genick brechen wird. Hiermit im Zusammenhang steht auch die Regierungsumwälzung in England. Doch davon im 2. Artikel.

Rundschau.

Parlamentarismus.

Der Taschenspieler kann jene Kunst, dem Publikum „etwas vorzumachen", im wörtlichen und der Bereinnahme auf das der Hokuspokus des Drumherum geistend-Stuzzichungskraft hat, den Zuschauer von dem eigentlichen Vorgang, den er fingerieren will, abzulenken.

Der Parlamentarier gleicht ihm darin auf's Haar genau. Auch er weiß, daß die Bittnostität der Verschleierungskraft proportional ist der Verdummung der Massen.

Der Zweck beider ist, das Publikum zu „führen". Der Unterschied beider liegt freilich darin, daß die Kunstfertigkeit des Taschenspielers der Erzeugung heiteren Erstaunens dient, das parlamentaristische Taschenspiel aber dem niederträchtigsten politischen Betrug.

— Die Vereinigte sozialdemokratische Partei hat im Reichstag folgende Interpellation losgelassen:

„Nach bisher unwidersprochenen Nachrichten hat der ehemalige Kaiser ein Diadem von ungeheurem Werte (mehrere hundert Millionen Mark) in Berlin anfertigen lassen, das als Brautgeschenk für seine Mutige Gesinnung aus Deutschland nach Holland übergeführt werden soll. Wir fragen an:

1. Hat die zuständige Regierungsstelle die Genehmigung zur Ausfuhr dieses Kleinodes erteilt und ist in diesem Falle die Hinterlegung einer entsprechenden Kaution veranlaßt worden?

2. Wenn um die Ausführgenehmigung nicht ersucht wurde, kann die Reichsregierung Auskunft über den Verbleib des Schmuckstückes erteilen?

3. Welche strafrechtlichen Maßnahmen gedenkt die Regierung zu ergreifen, wenn dieses große Wertobjekt ohne Ausfuhrerlaubnis über die Grenzen des Reiches gebracht würde?"

Wirklich ein Musterbeispiel politischer Taschenspielerei!

Um sie voll zu würdigen, ist es nötig daran zu erinnern, daß zu einer Zeit, als die Sozialdemokratie noch wesentlich stärkere Positionen in der Regierung besaß als heute, zur Zeit ihres Finanzministers Südekum ungefähr 40 Millionen Mark (nach heutigem Stande 25 Mal so viel) dem vormaligen Kaiser überwiesen wurden, außer ungefähr 60 Waggons mit Möbeln. (Von den bekannten 700 Kilogramm Butter wollen wir nicht reden).

Trotz dieser Tatsachen arbeitete die Sozialdemokratie mit an einem „Vergleichsentwurf" zwischen dem preußischen Staate und den Hohenzollern. Ueber die Geschichte dieses Vergleichsentwurfs berichtet im Septemberheft der sozialdemokratischen „neuen Zeit" (die freilich der „einfache" Genosse nicht ließ), Herr Pahl. Und bei Herrn Pahl finden sich folgende Sätze:

„Der Vergleich wurde durch eine sogenannte Auseinandersetzungskommission vorbereitet. Gegen diese Kommission ist mehrfach der Vorwurf reaktionärer Gesinnung erhoben worden. Mit derartigen Vorwürfen wird leicht Mißbrauch getrieben, und er soll hier nicht wiederholt werden".

Herr Pahl kommt dann zu dem Resultat: „Es ist deshalb zu hoffen, daß der Forderung auf Vorlegung einer Denkschrift doch entsprochen wird."

Während also die taschenspielende Sozialdemokratie auf der einen Seite dem dummen Pöbel vorgaukeln kreischt, sie wahre seine Rechte durch Hinweis auf den prinzlich ausgeführten Brautschmuck, durch Herauspressung einer Lappalie von ein paar Millionen, lenkt sie ab von der haarsträubenden Tatsache ihres politischen Betruges, durch den sie Milliarden herausschmeißt, weil „Recht Recht bleiben muß".

Ein erschütterndes Ereignis

das wir im Anschluß an obenstehende Notiz noch mitteilen wollen, um darauf hinzuweisen, daß Wilhelm von Hohenzollern ein wirklich würdiger Heitgenosse „seiner" Sozialdemokraten ist, entnehmen wir dem „Hotel-Anzeiger". In Fettsatz auf der ersten Seite teilt er uns mit:

„Das Mahl der Hochzeitsfeier war außerordentlich einfach. Es war in deutscher Sprache auf einfachen Karten gedruckt, die eine Ansicht des Schlosses Doorn trugen."

Die Proletarier werden sich ein Beispiel nehmen müssen an der Einfachheit der Milliardäre von heute!

Aus dem Prozeß des Herrn Hermes.

Herr Hermes repräsentiert in den Verhandlungen mit der Reparationskommission die deutsche Regierung. Herr Hermes ist ein studierter Mann, er ist Kapitalist und Angehöriger der allerchristlichsten Zentrumspartei. Herr Hermes trinkt gern Wein; er trinkt gern billigen Wein; er bezieht den Wein von seinen politischen Freunden. Diese Freunde sitzen in der Direktion des Winzerverbandes. Was ist natürlicher, als daß diese Freunde, die eine Vorliebe für Zucker haben, von Herrn Hermes Erhörung ihrer Zuckerwünsche erwarten.

Nun Herr Hermes hat sie erfüllt unter voller Wahrung jener vornehmen Geschäftsmoral, die sein allerchristlichster Bruder Matthias Erzberger selig in den lapidaren Satz: „½ oder 1 vom Hundert" auszudrücken beliebte. An all dem ist nichts ersaunlich, und Herr Hermes hat durchaus ein Anrecht darauf, in einer Geschichtsepoche Teilhaber der deutschen Regierungsgewalt zu sein, die Herrn Schiffbauer, der mit dem ehrenwerten Herrn Starz in der Schweiz Autofahrten unternahm, unter ihre Mitglieder zu zählen die Ehre hatte.

Trotzdem geriet Herr Hermes mit der sittenstrengen U.S.P. selig in politischen Konflikt. Und da auch hier überaus tüchtige Geschäftsleute und Bankiers sitzen, die, wenn es politisch nötig ist, dem Satz „½ oder 1 vom Hundert" eine auf tieferer, eigener Einsicht beruhende Auslegung geben können, folgte aus dem politischen Konflikt ein kleiner Skandal; bei dessen Austragung vor Gericht hatte der seinerseits überaus sittenstrenge und in Gedankengängen äußerst empfindliche Bankrotzsohn Levi (ehedem Kommunist, ehedem Arbeitsgemeinschaft, ehedem U.S.P., nunmehr gleich tapferer Sozialdemokrat) Gelegenheit, sich Bismarcks und des Herrn von Bülow moralischen Qualitäten anzunehmen.

Wir können alle diese ehrenwerten Männer unter sich lassen, weil sie wirklich einander verdienen. Wir haben auch durchaus nicht die Absicht, uns zu entrüsten, möchten aber aus dem Prozeßbericht der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" einen kleinen Ausschnitt wiedergeben, weil wir die Neigung haben, der Nachwelt wertvolle Erinnerungen an wertvolle Männer, sowie wertvolle Methoden aus großen Zeiten zu überliefern.

Hier sind sie:

„Am Schluß des zweiten Verhandlungstages in dem Prozeß des Reichsfinanzministers Dr. Hermes gegen den Redakteur Jensel wurde noch Direktor Hanff vom Winzerverband als Zeuge vernommen.

Vors.: Wie kamen Sie überhaupt zu den Lieferungen an den Minister?

Zeuge: Mein Freund, der Abgeordnete Legendre, brachte von der Nationalversammlung in Weimar Freunde mit, die dann vom unserem Verbande zum Selbstkostenpreise oder auch gratis Winzerprodukte geliefert erhielten. U. a. lernte ich auch den Ministerialdirektor Hancamp kennen, der von Legendre Wein bekommen hatte. Durch Hancamp erfuhr ich, daß im Reichsnährstandsministerium zu Berlin ein Fonds zur Belämpfung der Reblausschädlinge bestand, und ich fuhr deshalb nach Berlin, um für uns einen Teil der für diese Zwecke bereitgestellten Summen zu sichern. Dabei lernte ich den damaligen Ministerialdirektor Hermes kennen, der uns sehr entgegenkam und uns 50 000 Mark überließ. In einer Vorstandssitzung des Winzerverbandes machte ich den Vorschlag, Herrn Hermes eine Kiste Wein zu dedizieren. Dagegen erhob sich jedoch Widerspruch und man sagte mir, man müsse für diesen Wein vorrätigen die Selbstkosten berechnen. Daraufhin sagte ich vor, daß der Winzerverband sich einen Vorteil für ähnliche Gelegenheiten anschaffte, und die einzelnen Vorstandsmitglieder sagten mir zu, Weine zu diesem Zweck zu schicken.

Vors.: Sie haben den Trierer Winzerverein ersucht, eine Sendung Wein an Minister Hermes zu schicken, die Rechnung aber beim Winzerverband zu lassieren. Wieviel haben Sie denn nun an die Produzenten gezahlt?

Zeuge: Garnichts. Einer von den Lieferanten schickte zwar eine Rechnung, aber die habe ich nicht bezahlt. (Heiterkeit.)

Vors.: Da Sie von Minister Hermes 600 Mark erhielten, hat also der Winzerverband letzten Endes noch ein Geschäft damit gemacht?

Zeuge: Und gar kein schlechtes!

Vors.: Regierungsrat Matte hat dann für den Minister noch eine zweite Weinsendung bestellt. Was dachten Sie sich zu, als Sie den Brief lasen?

Zeuge (schmunzelnd): Ich dachte, daß der erste alle sei. (Große Heiterkeit.)

Vors.: Hätten Sie jedem Minister so billige Weine geliefert?

Zeuge: Das nun weniger. Für den Winzerverband war die Lieferung eine Propaganda. Für mich war außerdem Minister Hermes ein Parteifreund, dessen Maßnahmen ich teilte.

Vors.: Sie haben dann an den Minister persönlich geschrieben und ihn gefragt, ob der Preis für die gelieferten Weine mit 3 Mark etwa zu hoch berechnet sei.

Zeuge: Das sollte ein Scherz sein.

Vors.: An wen haben Sie denn sonst noch so geliefert?

Zeuge: Ich möchte nicht gern, daß die Namen dieser Herren wieder durch die Presse gehen und unter falschen Gesichtspunkten verdreht werden. Es handelt sich um Persönlichkeiten, die publizistisch tätig sind, die über die Gesetze kommentare schreiben. Ich habe Gelehrten, die sich wissenschaftlich mit der Gesetzgebung über den Weinbau befaßt haben, Wein als Honorar geschickt.

Vors.: Haben Sie nun mit diesen Lieferungen auf gut Deutsch gesagt, „schmieren" wollen?

Zeuge: Auf meinen Eid erkläre ich, daß ich nicht die Absicht hatte, irgend einen Beamten zu einem Unrecht zu verleiten oder zu einer Handlung zu bewegen, die an sich berechtigt war, aber uns einen Vorteil bringen sollte."

Kapitalistischer Kommunismus.

Daß Geschäft eben Geschäft ist und daß im Geschäft das Gefühl keinen Raum hat, — mit anderen Worten, daß Geschäft gleich Skrupellosigkeit zu sehen ist, war bis zur „Revolution" der höchste moralische Grundsatz des Kapitalismus. Er ist es geblieben; aber auch hier, im freien Spiel der Kräfte, sieht er sich auf einmal der schärfsten Konkurrenz gegenüber.

So liest man kürzlich im „Anhrecho", dem Organ der K.A.D.:

„Erfaßt die Sachwerte

noch zu den billigen Preisen. Fortwährende Steigerung schwächt mehr und mehr Eure Kaufkraft. Eine große Auswahl guter Tabake und Zigarren bietet das Zigarrengeschäft — — folgt Name und Straße."

Trotz aller Geschäftstüchtigkeit ist es bei dem Kapital alten Stils üblich, im Inseratenteil nicht gerade dem politischen Teil mit Dreckabläßen ins Gesicht zu treten. Doch vor dem Kapitalismus dieses kommunistischen Bruders muß es entschieden die Segel streichen.

Liebertscher und freier als hier ist wohl selten zum Ausdruck gekommen, wie hoch die K.P.D. die eigenen Parteien einschätzt: wer sie ihren Nachtlüstern zu bieten vermag, d. h. wie sie sie einschätzt.

Bei dieser Partei sollte einen freilich nichts mehr wunder nehmen. Bei dem hervorragenden Beispiel und unter dem Patronat ihrer russischen Geschäftsleiter, denen es vorbehalten blieb, der Welt einzigartige Möglichkeiten der Verbindung von kapitalistischen Zoten und politischen Reden aufzuzeigen, ist es dieser ihrer deutschen Filiale gelungen, mit unser Beispiel zeigt, recht beachtenswerte Resultate zu erzielen.

Die Fertigkeit in der Anwendung des einzigen Grundsatzes, den sie hat, des Grundsatzes räuhlich: „Der Massenbetrug ist der Hebel der Massenbewegung," steigert sich nachgerade zur Virtuosität.

Der erste „Bannerträger" in der Regierung.

„Der Staatsstreikrat im Finanzministerium Schröder wird als Nachfolger des Herrn v. Simson als wirtschaftlicher Staatsstreikrat in das Auswärtige Amt versetzt werden. An seine Stelle im Reichsfinanzministerium tritt als Staatsstreikrat das Mitglied des Reichswirtschaftsrates der bisherige Unabhängige Dr. Hilferding." Endlich!

Ein gleichen Augenblick, in dem sein Rehabilitationsklage zu 10 000 Mark Geldstrafe verbonnert wird, zieht Herr Hilferding in das Finanzministerium ein. Wir hoffen, daß es ihm möglich sein wird, diese Lappalie für den armen Kollegen aus eigener Tasche zu zahlen.

Allgemeiner Bericht
vom 2. Kongreß der Kommunistischen Arbeiter-Internationale.

Vom 1.—5. Oktober ds. Js. fand in Berlin-Spandau der 2. Weltkongreß der Kommunistischen Arbeiter-Internationale statt, zu dem die Exekutive der K.A.I. in einem Schreiben alle proletarischen Parteien und Gruppen eingeladen hatte, denen es Ernst ist um den revolutionären Kampf für die proletarische Klasse, die in keiner Weise sich beteiligen an der allgemeinen „Wiederaufbaufront".

Dieser Einladung des Exekutiv-Komitees der K.A.I. zum 2. Kongreß, der ursprünglich bereits im August ds. Js. stattfinden sollte, aber auf Wunsch und auf Antrag verschiedener angeschlossener Parteien verschoben werden mußte, um allen den K.A.I.-Gedanken propagierenden ausländischen Organisationen die persönliche Teilnahme an der internationalen Zusammenkunft ermöglichen zu können, hatten trotz aller Schwierigkeiten Folge geleistet die Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschlands, die Kommunistische Arbeiter-Partei Hollands, die Kommunistische Arbeiter-Partei Englands, die Kommunistische Arbeiter-Partei Bulgariens (Barna). Die Kommunistische Arbeiter-Jugend-Gruppe Amsterdam, die in Holland bisher noch eine selbständige Organisation bildet, hatte ebenfalls seine Schwierigkeiten gesehen, einen eigenen Vertreter zum Kongreß zu entsenden. Außerdem war anwesend ein Vertreter der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschlands.

Die übrigen der K.A.I. angeschlossenen Parteien und Gruppen teilten in Begrüßungsschreiben mit, daß es ihnen infolge großer Hemmnisse leider nicht möglich sei, ihre Vertreter zum internationalen Kongreß zu entsenden. So teilte in einem Handschreiben die Genossin Sylvia Pankhurst-London mit, daß infolge des drohenden kriegerischen Konflikts zwischen England und der nationalistischen Türkei unter Kemal Pascha die Anwesenheit eines jeden aktiven Genossen der Kommunistischen Arbeiter-Partei Englands in England selbst unbedingt notwendig sei und sie daher ein aktiver Genosse der K.A.P.E. zu ihrem größten Leidwesen nicht am internationalen Kongreß teilnehmen könne, die Kommunistische Arbeiter-Partei und die „All worker's Union" Englands (Allg. Arb.-Union) jedoch den allergrößten Erfolg wünschen.

Wir können uns infolge Raummangel an dieser Stelle leider nur darauf beschränken, das Wesentlichste und die wichtigsten Beschlüsse der internationalen Tagung bekanntzugeben und verweisen im übrigen auf die nächste Nummer des „Proletarier", der über die umfangreichen und in so kurzer Zeit bewältigten Arbeiten einen ausführlichen Bericht bringen wird.

Einen breiten Raum in den Besprechungen der internationalen Tagung nahmen erklärlicherweise die Debatten über die von 1. konstituierenden Kongreß der Kommunistischen Arbeiter-Internationale im Frühjahr bei den einzelnen Parteien und Organisationen zur Beschlußfassung vorgelegten Thesen ein. Die die K.A.P.D. so hatten auch sämtliche anderen ausländischen Bruderparteien auf ihren Parteitagen zu den Thesen Stellung genommen, und außer einigen geringfügigen und unwesentlichen Abänderungen äußerten sich sämtliche erschienenen Vertreter mit Einschluß des Delegierten der Allg. Arb.-Union Deutschlands in

wählen das ähnliche — die Kämpfe ihrer benachbarten Partei durchlaufen. Da ist sich aber bei dieser „Einheitsfront" zunächst nur um ein Tauschmittel handelt, müssen wir schon sagen: Hier müssen sehr radikale Korrekturen angebracht werden."

Im weiteren klagt „Die Rote Fahne", daß durch solche Politik „eine in jeder Beziehung unnütze K.A.P. geschaffen wird". Sie fordert Vorlahung nach Moskau und schließt mit den Worten, die wie ein Ulk anmuten: „Wir hoffen, daß der 4. Weltkongreß auch die tschechoslowakische Frage so lösen wird, daß diese mächtige Partei mehr als bisher den Einfluß gewinnen wird, der ihr zusteht." Eine derartige Korrigierbarkeit oder auch Frechheit, die auf den Schutzhaufen, die sie in 3 Jahren schuf, keine anderen Konsequenzen zieht als die: Moskau hilft, kann nur ihren Grund haben in einer Korruptheit, die bis ins Mark gefressen hat. Man wendet sich mit Ekel ab. —

Wirtschaftliches.

Die Abwanderung aus Europa.

In einem Bericht der „Frankfurter Metallgesellschaft und Metallbund" finden sich Ausführungen, die deutlich zeigen, wie das Kapital — ganz im Gegensatz zu den selbstbetrügerischen Halbwahrheiten, mit denen sich die Proletarier von ihren Führern abspeisen lassen — sich mehr wie klar ist über seine Todeskrise. Es weiß sehr gut, daß zunächst Europa vor dem Ruin steht. In dem Bericht heißt es:

„Während die Kapazität der Erde zurzeit Produktionsmittel für einen Jahresumsatz von mehr als 4 Milliarden Kilogramm Nichteisenmetalle aufweist, ist der Konsum und damit die tatsächliche Produktion auf einen Jahresumsatz von 2 Milliarden Kilogramm eingeschränkt worden. Die Krise erstreckt sich aber auf mehr als 50 % der vorhandenen Produktivität, bei Einbeziehung der Altmetalle und Metallabfälle auf nur 25 %. Frühere Krisen erreichten kaum 10 % und hemmten die Entwicklung nur um wenige Jahre, der jetzige Schlag wirft die Metallwirtschaft um 20 Jahre zurück, bei Berücksichtigung der Altmetalle und Abfälle um 15 Jahre. Die Krise überzieht die ganze Erde und die Gesamtlage in Europa ist im Vergleich zur Vergangenheit schlechter als die der andern Erdteile. Der stärkere Rückgang des europäischen Verbrauchs gegenüber dem Weltverbrauch kommt in folgender Zusammenstellung zum Ausdruck. Bei ungefähr gleichem Umfang der Weltmetallwirtschaft entfällt auf Europa

	von 1901	1921
Bergbau	rund ein Drittel	knapp ein Viertel
Verhüttung	knapp die Hälfte	knapp ein Drittel
industr. Verbrauch	knapp zwei Drittel	knapp die Hälfte

Der schon vor dem Krieg merklich einsetzende Rückgang der europäischen Bedeutung ist während des Krieges bedeutend beschleunigt worden, indem nun nicht mehr allein die materielle Abwanderung der Industrie zum Rohstoffstandort, sondern überdies die ausländische Industrialisierung überseeischer Länder darauf einwirkt. Demgegenüber Mittel die Einflüsse von Valutaschwankungen nicht hoch veranschlagt werden."

Hier wird offen ausgesprochen, daß dem Valutaschwindel tiefere Ursachen zu Grunde liegen und daß das Kapital sich seinem Ruin in Europa dadurch zu entziehen versucht, daß es „abwandert zu Rohstoffstandort". Herr Stinnes hat ja bereits seine Dampferlinien nach Mexiko, nach Südamerika. Und vor einer Woche lief sein erster großer Transport- und Passagierdampfer mit den üblichen Reklamejournalisten nach Ostasien in See.

Noch glaubt freilich das Kapital, daß es durch diese Flucht aus Europa seinem endgültigen Ruin entgeht. Aus dieser Annahme heraus ist die verstörte Wut zu verstehen, mit der hier von der „künstlichen Industrialisierung" in Uebersee gesprochen wird. Den europäischen Hühnen schwebt eben noch immer als Ideal vor, unter Halbwilden oder armseligen Landpflügern den Segen ihrer großen Kultur zu verbreiten.

Die Eisen- und Stahlwarenindustrie.

Ueber die Lage in der Eisen- und Stahlwarenindustrie im Monat September heißt es im „Anzeiger für Berg-, Hütten- und Maschinenwesen":

„In der Solinger Schneidwarenindustrie ist gegenüber dem Monat August im September unzweifelhaft und einwandfrei ein Aufschwung in der Konjunktur zu verzeichnen. Es sind nicht nur Aufträge annulliert worden, sondern auch der Beschäftigungsgrad hat stark nachgelassen, so daß schon teilweise Mahnungen von Arbeitskreisen vorliegen. Viele Betriebe haben Anschläge gemacht „Annahme von Arbeitern findet nicht mehr statt". Der Konjunkturumschwung hat seine Ursache in dem Rückschlag auf dem inländischen Markt und in der Erschwerung des Absatzes nach den Vereinigten Staaten infolge des neuen Zolltarifs. Die Erschwerung tritt um so ausschlaggebender in die Erscheinung, als, wie man allgemein annimmt, in den letzten Jahren über drei Viertel des Exportes nach Amerika gegangen ist. Das Bild über die Lage der Werkzeugindustrie in Remscheid und Umgegend im September ist nach Angabe der Handelskammer unübersichtlich. Während die Umsatzentwicklung im allgemeinen gleich geblieben ist, so bei der Feilenindustrie, berichten viele Firmen über deren Rückgang, verzeichnet auch über eine Besserung in der Umsatzentwicklung. Ueber den Eingang neuer Aufträge wird fast allgemein geklagt, nur bei den Bohrerfabriken ist er ausreichend. Die Rohstoffe gingen sehr schleppend ein. Die Löhne sind um 7,5 % gestiegen. Bei dem gewaltigen Anziehen der Materialpreise, der Löhne und sonstigen Unkosten wird für die nächste Zeit mit Arbeitseinstellung gerechnet. Bei verschiedenen Werkzeugen ist der Weltmarktpreis überschritten. So liefert z. B. Amerika und England Feilen schon billiger. Die allgemein erhebliche Verteuerung in Verbindung mit den Ausfuhrsperren, den Steuerabzügen und Lohnerhöhungen machen es den Fabriken bei der außerordentlichen Kreditnot demnächst unmöglich, den Betrieb noch aufrecht zu erhalten. Im Kreise Schmalkalden hat der Monat September für die Industrie, wie wohl für viele Kreise, keine guten Erinnerungen zurückgelassen. Die im Anschluß an den allgemeinen Lohnstreik gekommene Lähmung aller Gegenstände des täglichen Lebens und aller Materialien machte eine Kalkulation zur Unmöglichkeit, da nachfolgend die Löhne dieser Teuerung folgten und prozentual im Berichtsmonat beträchtlich erhöht werden mußten. Der Kapitalbedarf der Werke wurde demgemäß ebenfalls enorm und die Banken konnten den gestellten Anforderungen an Bargeld nicht mehr gerecht werden. Der Arbeitgeberverband Schmalkalden sah sich deshalb zu dem Aushilfsmittel der Ausgabe von Gutscheinen gezwungen, ein recht unangenehmer, mit Kosten, Zeitverlust und vielem Aerger verbundener Weg. Für Oktober liegen neue Lohnforderungen der Arbeiter auf 90 bis 120 % der September-Löhne vor. Die Preise aller Schmalkalder Artikel werden dementsprechend auch noch weiter steigen müssen, besonders da auch Kohlen und im Anschluß daran andere Rohmaterialien wesentliche Preissteigerungen bringen, nicht zu vergessen die Frachterhöhungen und Postgebührenerhöhungen. Alle lange noch ein Absatz aufrecht erhalten werden kann, steht dahin. Selbst nach einigen valutastarken Ländern wird es jetzt schwer, Geschäfte zu machen, da für manchen der hiesigen Artikel die Weltmarktpreise nahezu erreicht sind. Hier herrscht allgemein die Ansicht, daß es in Kürze in der einen oder andern Weise zu einer Katastrophe kommen muß! Augenblicklich liegt Beschäftigung noch vor, aber — auf wie lange? Das Inland kauft nachgewiesenermaßen bereits nur noch in sehr geringem Umfang. Die Lage der Eisen- und Stahlwarenindustrie in Süddeutschland hat sich im September gegenüber dem Vormonat kaum wesentlich verändert. Der Beschäftigungsgrad blieb im allgemeinen noch zufriedenstellend. Die Absatzschwierigkeiten im Inland bestimmen stark zu steigen, da nach vorübergehender Stabilisierung wegen der gestiegenen Material- und Kohlenpreise neue Preiserhöhungen vorgenommen werden mußten. Die Rohstoffknappheit besteht fort; viele Unternehmen können nicht die genügende Menge Rohware erhalten, um ihren Betrieb voll aufrecht zu erhalten. Im übrigen macht sich die Kapitalknappheit und die Kreditnot vielfach äußerst hemmend bemerkbar."

Es ist nicht nötig, auf den Unternehmertrick hinzuweisen, immer und überall das Steigen der Löhne für die sinkende Wirtschaft verantwortlich zu machen. Nachgerade weiß der Dümmste, daß trotz steigenden Lohnes seine Kaufkraft immer geringer wird. Freilich ist richtig, daß es auch den Unternehmertum von Tag zu Tag schlechter zu gehen beginnt. Es kann einfach nicht dem Proletariat heißen. Damit erweist sich das Geschrei nach mehr Lohn als lächerlich unberechtigt. Unberechtigt vom Boden des kapitalistischen Wiederaufbaus aus.

Heißen kann sich nur das Proletariat selbst. Solange es das nicht tut, bleibt alles Stöhnen über niedrigen Lohn und hohe Preise kleinbürgerliches Weitergeschwätz. Materialisieren und Schimpfen allein, ohne Taten, wird auch dadurch nicht zum revolutionären Klassenkampf, daß man sich Kommunist schimpft und beim Phrasengedimmel der „Roten Fahne" am Strick ziehen hilft.

Genossen!

Schon wieder müssen wir mit einer bedeutenden Preiserhöhung an Euch herantreten. Jetzt um das „Doppelte" hieß der Preis für diese Nummer. So sehen wir uns veranlaßt, um unsere Zeitung aufrecht zu erhalten, den Preis auf 15 Mark festzusetzen.

Genossen!

Werbet nicht müde!
Verbreitet die K.A.Z.!
Sie darf nicht untergehen!

Die Pressekommission.

Gewerkschaftliches.

Ein gemeinnütziges Beerdigungsinstitut

haben die Kieler Gewerkschaften gegründet. Die offizielle Geschäftseröffnung fand am Sonnabendvormittag im Gewerkschaftshaus statt. Durch die Erschütterungen der Gewerkschaften soll eine Verbilligung der Beerdigungen durchgeführt werden. Dividenden und Prozente gelangen nicht zur Auszahlung. Alle etwaigen Ueberschüsse werden verteilt an das Wohlfahrtsamt, die Kinderfreunde, Altershilfe und Samariter. Geplant ist, mit dem Beerdigungsinstitut eine Totenkasse zu verbinden, der alle organisierten Arbeitnehmer beitreten können. Die Beiträge sollen freiwillige und zwangslos in jeder beliebigen Höhe zu entrichten sein. Sobald die Vorarbeiten abgeschlossen sind, erfolgen weitere Bekanntmachungen.

Die Geschäftsstelle des Beerdigungsinstituts befindet sich im Gewerkschaftshaus, Fährstraße 24, Zimmer 2. Beerdigungen werden von der einfachsten bis zur feinsten Ausführung übernommen. Rat und Auskunft erfolgt kostenlos."

Hier wird wirklich einem fühlbaren Mangel abgeholfen. Die Gewerkschaften hätten bei der kapitalistischen Ueberzähligkeit von 20 Millionen Menschen in Deutschland und bei der tatsächlichen Hinfälligkeit zahlloser Proleten ein schweres Versäumnis begangen, nicht rechtzeitig das Kapital nach Möglichkeit bei den Lasten der Beerdigungskosten so vieler Leichen zu unterstützen. Sie haben umsomehr die Verpflichtung dazu, als ihre „erfolgreichen" Lohnkämpfe zahllose Selbstmorde im Gefolge haben.

Die Vergebung der Sargherstellung nunmehr doch wohl an die Kleinhandwerker dürfte vielen Genossen zu legendreicher Arbeit verhelfen.

Aus der Union.

Was lehrt der Kruppstreik?

Ein Genosse aus Düsseldorf schreibt uns:

Die ungeheure Steigerung von Not und Elend hat die Arbeiterschaft mit Hilfe der Hinweise der sozialdemokratischen Organisationen auf den „Kampf ums Stückchen Brot", „Kampf um Lohnerhöhungen", geistig auf die Interessen- und Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapitalismus eingestellt hat sie getrieben, von ihren Gewerkschaftsführern i... aufnahme von Verhandlungen zwecks Erreichung von mehr Lohn zu verlangen. Der Glaube an die Nützlichkeit des Kampfes um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen war und ist ihnen trotz der rauhen Wirklichkeit noch nicht verloren gegangen. Die radikalen Sozialdemokraten (Parlamentsfraktionsmitglieder) haben ja dauernd den Kredit für diesen „Kampf" gegeben. Da nur die Kapitalisten erst Deckung haben wollen, bevor sie Lohnerhöhungen geben, suchen sie diese Lohnerhöhungen möglichst lange hinauszuschieben und auf ein möglichst niedriges Maß zu beschränken. Um hierauf einen Druck auszuüben, zog ein Betrieb der Kruppwerke vor das Verwaltungsgebäude. Ob dieser Rebellion, die über den Rahmen der gewerkschaftlichen Disziplin ging, erfolgte die Entlassung der Belegschaft, die sich aus Mitgliedern der christlichen, freien und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften und der Union zusammensetzte. Ein Teil anderer Betriebe trat darauf in den Solidaritätsstreik, der die Wiedereinstellung der entlassenen Kollegen bezweckte. Darauf gleichfalls Aussperrung dieser Betriebe, der Elite der Kruppschen Arbeiterschaft. Die christlichen Gewerkschaftsfunktionäre gewann man gegen den Streik, weil der Bezirksleiter und der Hauptvorstandsvertreter erklärten, daß sie den Streik nicht billigten (Ist schon jemals ein gegen die gewerkschaftliche Disziplin verstoßender Streik gebilligt worden?). Die revolutionäre kommunistische Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes verwies auf den Hauptvorstand; sie ließ eine Kommission wählen, die dort vorsprechen sollte. Nach dem Resultat dieser Kommission sollte beschlossen werden, ob Generalstreik oder nicht. Wie nicht anders zu erwarten, lehnte der Hauptvorstand den Generalstreik ab, empfahl die Wiederaufnahme der Arbeit zu den von der Firma gestellten Bedingungen, die denen des Leunawerks ähnelt: Die Arbeiter müssen neu anfangen, Maßregelverdächtige, selbst viele Reformisten werden nicht mehr eingestellt, Versammlungen in den Betrieben dürfen nicht mehr stattfinden usw. Auf dem Verhandlungsweg sollte die Wiedereinstellung der nicht mehr Angenommenen erreicht werden. Danach wurde denn auch verfahren. Einzelne Berufsgruppen, wie Kupferschmiede, Nieter, Stemmer und Zusammenbauer, ohne die der Produktionsgang kaum möglich ist, erklärten, die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis alle restlos unter den alten Verhältnissen wieder eingestellt seien. Es ist jedoch nur noch eine Frage von Tagen und auch diese Gruppen werden, von allen verlassen, die Arbeit aufnehmen.

„Was wird der Hauptvorstand sagen", daß war die Frage, die allen Gewerkschaftsgläubigen vorschwebte, die sie in Passivität verharren ließ. Die Kom. Partei nun triumphiert: „Seht, die Proletarier sind schuld, sie warteten auf den Hauptvorstand, sie handelten nicht". Andererseits, da die kommunistische Ortsverwaltung schon zum zweiten Male (Im Märzkampf 1921 befolgte sie die Generalstreikparole nicht, arbeitete vielmehr dagegen) offen den Bankrott der Revolutionierung gezeigt hat, mußte sie derselben eine Rüge erteilen; als sei das eine Entgleisung einiger Personen und nicht vom System bedingt.

Wir fragen nun, wer ist schuld, daß die Arbeiter nicht kämpften, daß sie auf den Hauptvorstand warteten. Wir glauben dafür die Kom. Partei verantwortlich machen zu müssen. Die K.P. hat dadurch, daß sie die Arbeiter immer wieder aufforderte, von ihren Führern dies oder jenes zu verlangen, kommunistische Führer zu wählen, die ihre Interessen vertreten, die Arbeiterregierung (sozialdemokratisch-gewerkschaftliche Führer) zu verlangen, die gegen den Kapitalismus kämpfen sollen, die Proletarier zu verleiten, den Führern dies oder jenes zu verlangen, das nach Oben schauen, von Oben ihr Heil erwarten, was schon stark schwankte, erneut gefestigt. Der Hinweis auf Führer kann keine Kampfkraft erzeugen. Das sollten und müßten Kommunisten begreifen, selbst wenn sie noch auf dem Boden des Reformismus stehen. Daß sie es nicht begreifen, zeigt uns, wie eng Reformismus und „führer" zusammenhängt.

Der Kruppstreik lehrt uns wieder einmal genau wie die Märzkämpfe 1921, daß eine Arbeiterschaft, die Wochen, Monate und Jahre eingestellt wird auf parlamentarische, gewerkschaftliche und gesetzmäßige Aktionen, nicht von heute auf morgen zum entgegesetzten, antigewerkschaftlichen und antiparlamentarischen Kampf fähig ist, nicht einmal für reformistische Ziele. Wollen wir immer wieder Niederlagen? Wenn nicht, dann müssen die Proletarier und gerade die fortgeschritten sein wollenden der Kommunistischen Partei die Konsequenzen ziehen, rücksichtslos offenbart für den kompromißlosen Klassenkampf eintreten, den Satz von Karl Marx, daß die Befreiung des Proletariats nur das Werk der Arbeiterklasse selbst ist, wahrnehmen.

In diesem Sinne möge der Kruppstreik Lehre sein.

Aus der Kommunistischen Arbeiter-Internationale.

„Der Boanbreker", das Organ der kommunistischen Arbeiter-Jugendgruppe Amsterdam, bringt einen längeren Artikel über Teilnehmer am Kongreß der K.A.J. über diesen Kongreß, in dem der Wunsch ausgedrückt wird, daß der nächste Kongreß endgültig zur Jugendfrage Stellung nimmt, damit sie ihren Platz gewinnt in der K.A.J.

Aus der Organisation.

Die Ortsgruppe Frankfurt a. M. nahm in ihrer Mitgliederversammlung am 17. Oktober Stellung zu den Beschlüssen der Zentral-Ausschuß-Sitzung. Nach ausgiebiger Diskussion, die besonders die Preisfrage betraf, wurde der frühere Beschluß in dieser Frage fallen gelassen. Man stellte sich einmütig auf den Boden der Beschlüsse der Zentral-Ausschuß-Sitzung.

Pressefonds.

Ortsgruppe Friedenau	200 Mk.
A. S.	50 Mk.
Gotha	310 Mk.
Gebhein	50 Mk.

? Hast du ?
schon D. Gorters
Historischen Materialismus
?? gelesen ??
Preis pro Stück 20.— M. und Porto
Bei 12 Stück an 10 Stück 30% Rabatt

Verantwortlich für den Inhalt: Hugo Dehlschläger, Mülheim-Ruhr. Verlag: „Proletarier", Inh. Emil Sach, Berlin SO. 36. — Druck Hermann Wegner & Co., Berlin-Mariendorf, Chausseestraße 23

1. Jahrg. Nr. 27. Preis 20,00 M.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Die „KAZ" erscheint wöchentlich einmal. Zu beziehen durch alle Bezirksorganisationen, oder direkt durch Verlag „Proletarier", Berlin SO. 36, Reichenbergerstr. 113.

Zuschriften für die Redaktion sowie alle Geldsendungen sind zu senden per Postanweisung an A. Eichirschmitz, Berlin-Marienfelde, Schwerdtfegerstraße 78

Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 117799 (Emil Sach). Versand unter Streifband in Deutschland 180,— M. Land nach dem Ausland 300,— Mark monatlich.

An die Mitglieder der Kommunistischen Arbeiter-Internationale!

Die Kommunistische Arbeiter-Internationale, geschaffen und getragen von Massen revolutionärer Arbeiter Holands, Bulgariens, Englands, Jugoslawiens und Deutschlands, hat sich auf ihrem 2. Kongreß die notwendigen, einheitlichen theoretischen Grundlagen gegeben, deren sie für ihre Weiterarbeit bedarf.

Sie hat es für absolut notwendig erachtet, den einzelnen Parteien volle Freiheit zu lassen in ihrem Aufbau und in der Anwendung proletarisch-revolutionärer Taktik auf Grund der jeweiligen Verhältnisse.

Diese Freiheit muß getragen werden von dem einen größten und entscheidenden Gesichtspunkt. Klares Klassenbewußtsein und entschiedenes Klassenwollen ist die Voraussetzung zum wirklich revolutionären Kampf, ist die Voraussetzung zur Machteroberung und Machterhaltung durch die proletarische Klasse und damit die Voraussetzung zur endgültigen Befreiung von aller Klassenherrschaft.

Ein solches Klassenbewußtsein ist getragen von der Einsicht in die ökonomische Möglichkeit, die ökonomische Notwendigkeit der bisherigen Gesellschaftsform.

Es ist getragen von der Ueberzeugung, daß der Kapitalismus, im Bestreben sich wieder aufzubauen und auszudehnen, seine eigene Grundlage, das Privateigentum, zerstört und zerstören muß.

Ein solches Klassenbewußtsein muß die Bewegung der entgegenstehenden Massen mit neuem Geist und neuem Feuer durchdringen.

Die neue Form und der neue Geist, lampfgeboren aus dem einheitlichen Zusammenschluß der Arbeiter innerhalb des Produktionsprozesses in den Unionen, mündend in der Internationale der Unionen, werden mit aller Energie zu verwirklichen streben den alten, geschichtlich realisierten Geist, wie er sich ausdrückt in Aufbau und Methoden der Gewerkschaften, der Führerparteien, des Parlamentarismus und besonders auch des neuen auf dem Boden des Kapitalismus ruhenden Wirtschaftsparlamentarismus der gesetzlichen, von den Führerparteien angehaltenen Betriebsräte.

Der Kongreß der K.A.J. hat ohne Ueberschätzung und ohne Unterschätzung die endgültige Bilanz der russischen Entwicklung zu ziehen versucht und ihren doppelten Charakter aufgezeigt: Ihre geschichtliche Auswirkung nach Osten, ihr geschichtlich bedingtes Versuchen nach Westen mit Hilfe der III. Internationale.

Der Kongreß war sich vollkommen klar darüber, daß ein solches Klassenbewußtsein erst in gewissem Ausmaß innerhalb der proletarischen Klasse angetroffen ist, daß große Ansätze zerstört wurden durch die sozialistischen Schutzgelder des Kapitals, durch das Kapital selbst und auch durch die Schuld der Proletarier.

Mit Freude konnte aber festgestellt werden, daß trotz allem, außer in den übrigen Ländern, vor allem in England, die Entwicklung zu einheitlichen Klassenwollen Fortschritte gemacht hat. Es ist das umsomehr von Bedeutung, als gerade England als einer der wesentlichsten Faktoren revolutionär-proletarischer Umwälzung für West-Europa mehr und mehr in Betracht kommt.

Gerade die jetzige geschichtliche Situation beginnt mit größtem Ernst ihr Gesicht der K.A.J. zuzuwenden. Sie stellt die K.A.J. vor ernste, große, praktische Aufgaben.

Denn es ist klar, Zweifel darüber, daß die Weltkrise der kapitalistischen Gesellschaft sich im Inhalt zu vertiefen und in der Form zu verschärfen beginnt.

Wesentlicher noch ist, daß von immer größeren Massen erfaßt wird, daß diese Krise nicht behoben wird von heute auf morgen, sondern daß sie für den einfachen Blick unabsehbar wird. Erkannt wird auch der internationale Zusammenhang dieser Krise. Erkannt wird vor allem die Hilflosigkeit und die betrügerischen Methoden der alten Gewerkschaften mit ihren Lohnkämpfen, der alten Parteien mit ihrem Schein der Bevormundung durch elite, ehrgeizige Führer, die für eigene Interessen kämpfen.

Weiterhin verschwinden zusehends die Nachwirkungen und damit die falschen Folgerungen aus der grandiosen begonnenen russischen Revolution.

Der Zusammenbruch der kommunistischen Parteien in Italien, der Tschechoslowakei und in Frankreich erkennen sie immer größere Massen den Beweis der falschen Politik der III. Internationale, d. h. der Unmöglichkeit und verbrecherischen Gewissenlosigkeit, mit der Möglichkeit „großer" Organisationen gespielen wurden, die gleichzeitig zwei Politiken dienen sollten: der russischen Außenpolitik und den Interessen einer auf andere ökonomische Grundlage wie in Rußland fußenden und kämpfenden Klasse.

Die Drohungen eines Sinowjew mit dem Bolschewistenschreck werden immer deutlicher als Mandver erkannt, denen gleichzeitig, die die Regierungsmänner Englands und Deutschlands mit gleicher interessendifferierter Geläufigkeit und Häufigkeit anzuwenden pflegen.

Die sich verschärfende und verschärfende Krise findet ihren ökonomisch gegründeten und politisch hervortretenden Ausdruck in neuen Anstrengungen des internationalen Kapitals zur Aufrichtung seiner zerrissenen Klassenherrschaft.

Dieser Ausdruck wird beispielsweise sichtbar in der Krise der deutschnationalen, demokratisch-sozialdemokratischen Regierung in Deutschland, die als ökonomisch konstruiert und gleichzeitig noch in sich unendlich zerbrochen werden wird vom Großkapital, das — will es leben — sein Ziel verschärfter Ausbeutung durchführen muß und sich zutraut, es bei Widerstand der Sozialdemokratie auch ohne diese durchführen zu können (wobei es sich gleich bleibt, ob die Regierung als solche geht oder bleibt und kein Willen des Großkapitals erfüllt).

Dieser Ausdruck tritt weiterhin hervor im Sturz von Lloyd George, der trotz aller Verwandlungskünste fällt als Ausdruck einer Politik, die gegründet war auf das England, Frankreich und Deutschland übernehmen internationalen Großkapital, das gleichzeitig noch in der national-kapitalistischen Regierung eines Mussolini in Italien zum mindesten zunächst keinen wesentlichen ökonomischen Widerstand finden wird.

Oesterreich ist gefressen vom Kapital, Deutschland ist an der Reihe.

Wir können nicht sagen, daß die deutschen Arbeiter reif wären und als Ganzes in diesem Augenblick gewillt zum revolutionären Kampfen.

Aber es ist anzunehmen, daß ihr Widerstand von Anfang an wesentlich stärker sein wird als der Widerstand in Oesterreich, daß gleichzeitig starken revolutionären Ausbruch in kurzer Frist bei ihnen erfolgen kann.

Die Zeichen im Westen Deutschlands sind Flammenzeichen.

In einer solchen Situation, die objektiv durch und durch revolutionär, die zahllose Chancen bietet, einzumischen in gewaltige revolutionäre Kämpfe, muß die K.A.J. tun — wenn auch noch so geringen — Kräfte die aufs Äußerste anspannen.

Sie wird nicht viel tun können, aber sie muß das Wenige ganz tun.

Im Augenblick konzentriert sich ihre Pflicht darauf, in die Massen zu gehen und Propaganda zu treiben.

Sie muß die Massen aufklären über die außenpolitische Situation, über die Lage in Deutschland als den augenblicklichen Brennpunkt des internationalen kapitalistischen Großkapitals, über den Charakter der dortigen politischen Krise.

Sie hat mit aller Macht erneut den internationalen Charakter der proletarischen Klassenbewegung zu betonen und immer wieder diese Frage der internationalen Zusammengehörigkeit des Proletariats von allen Schichten politisch bewegter Begriffe zu befreien und hinzustellen.

Sie hat verschärft die III. Internationale in ihrem Wirken vor den Massen zu analysieren.

Sie hat, wo Unionen sind oder sich zu bilden beginnen, besondere Stärke in ihnen und durch sie zu entfalten. Sie muß mehr als bisher die internationalen Verbindungen pflegen; mehr Wege als bisher aufzeigen zur internationalen Verbindung.

Sie muß Brücken zu finden wissen zwischen den einzelnen Ländern, die eine lückenlose, nicht leicht und plötzlich zu durchschneidende Verbindung ermöglichen; sie muß Durchschlüsse schaffen.

Sie muß mehr als bisher, d. h. in größerer Quantität die Literatur austauschen, sie durch Uebersetzung allen zugänglich machen. Sie muß allen großen internationalen Dingen den Vorrang geben vor den engen begrenzten.

Mitten in allem Kleinkram muß sie wieder und immer wieder schlichten und nachspringende das große Ziel, das Ziel der Bewegung, das Ziel der Menschheit, das Ziel der Kommunisten, das Ziel der Kommunistischen Arbeiter-Internationale.

Sie schlägt beginnt erneut, der Arbeiterklasse gewaltige Aufgaben zu stellen. Unendlich schwere, aber nicht zu schwere, daß sie nicht erfüllt werden könnten durch das große Wirken einer Kommunistischen Arbeiterpartei.

Sie wird nicht erfüllt sein, sie werden erfüllt werden.

Die Politik der deutschen Sozialdemokratie.

II.

Weil die Sozialdemokratie sich nicht entschließen kann zwischen ja und nein, glaubt sie, sich entscheiden zu müssen für den „gerechten" Mittelweg. Wobei mit der „Gerechtigkeit" Millionen Proleten verreden, die kapitalistische Wirtschaft am Ende aber mit dem Rest der Proleten gemeinsam bankrott macht.

Das Großkapital sieht klar und eindeutig. Ob es dabei an seinem endgültigen Wiederaufbau glaubt, ob zahlungsfähig bleiben. Aber da es an den Wiederaufbau weiter muß, da es im Besitze der Macht die Macht erhalten will, tut es alles, was es tun muß, wenn ein Wiederaufbau überhaupt im Bereich der Hoffnung und Möglichkeit bleiben soll.

Zug um Zug, — und es sich auch dabei seine eigenen Grundlagen ändern — stößt es zu auf reinste technische Notwendigkeit. Es weiß, daß Aufbauen mit Sentimentalitäten nur den Prozeß verlängert. Je brutaler der Krieg, desto milder, desto billiger im Endeffekt.

Es baut also ab und vernichtet die unrationell gewordene Staatsform; es fordert Aufschwung der unrationellen Zwangswirtschaft, Rationalisierung der Eisenbahn, der Post, der gesamten Verwaltung, des Steuerwesens mit ihrem ungeheuren Heer und großartigen Bürokraten-Apparat. Zum Teil mit den politischen Schwätzern im Parlament! Auf den Kriegt mit den endlosen Reko-Kommissionen! Es verbraucht und verbraucht seine Kräfte, es verbraucht das Kapital und dem gleichen Wunsch. Doch davon an anderer Stelle.

In der Praxis freilich wird sie — um Ende — tiefgreifenden für das Kapital, den 8-Stundentag abzuändern und alles durchsehen, was das Kapital wollen muß.

Das Kapital aber weiß, was es muß. Und weil es das nach diesen Reparationsverhandlungen genau weiß, wird es in sehr kurzer Zeit die Konsequenzen ziehen.

Während noch das Kleinbürgertum in aller Welt Geschäftchen sieht in den Gartenzäunen, und der „Gerichtsrat" mit Bestimmtheit kundet, was Monsieur Millerand in Frankreich oder Mister Henderson in England über die Reparationen gesagt haben; daß man Deutschland eine Anleihe geben müsse (als ob das Kapital Anleihen gäbe ohne Dividenden, d. h. daß sich in Wirklichkeit die Ausbeutung nicht verwindet, sondern verstärkt durch zusätzliche internationale kapitalistische Gesellschaftlichkeit), während der „Gerichtsrat" so noch keine Kohlenpreise Gutscheine verspricht, wird das Kapital Tatsache. Und es handelt in England, in Frankreich, in Italien, in Deutschland.

Die kleinbürgerliche Demokratie in Deutschland wird auch nicht mehr ausreichen für die Durchführung großkapitalistischer Interessen.